

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Cleschy & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Preis: 10 Sgr. 6 Pf. per Quartal.
Anzeigen: 10 Sgr. per Zeile.
Abonnements: 10 Sgr. per Quartal.
Einzelnummern: 1 Sgr. 6 Pf.

Veränderung des Preises
Die Preise sind von nun an
auf 10 Sgr. 6 Pf. per Quartal
erhöht worden.

Veränderung des Preises
Die Preise sind von nun an
auf 10 Sgr. 6 Pf. per Quartal
erhöht worden.

Mr. 64. Achtzehnter Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Biercy.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, Mittwoch, 5. März 1873.

Politisches.

Ueber ein Kleines, so wird der kleine Lasker wieder sich dem parlamentarischen Berufe hingeben können. Er empfängt jetzt schon Besuche und hält sich — wenn man so von einem im Bette Liegenden sprechen darf — auf dem Laufenden über die Eisenbahnuntersuchungscommission. Diefelbe hat mehrere Sitzungen abgehalten. Sie wird, nach vollständiger Erledigung eines zu untersuchenden Falles das Ergebnis der Dessenlichkeit mittheilen. Lasker würde, wie man hört, wenn die Commission nicht diesen zweckmäßigen Beschluß gefaßt hätte, der Dessenlichkeit nicht den Gang der Untersuchung vorzuenthalten haben. Da er sein Mandat von einer öffentlich tagenden Körperschaft, dem Abgeordnetenhaus, erhalten, würde er sich verpflichtet fühlen, demselben von Zeit zu Zeit über die Erfüllung seines Auftrags zu berichten. Damit dieser Dessenlichkeit des Bildes nicht der Schatten fehle, sei nicht verschwiegen, daß bei Bismarck der feste Glaube an die Unschuld seines Vorgesetzten Bagener noch nicht gebrochen ist. Nicht nur ist gegen diesen braven Beamten keine Disciplinaruntersuchung eingeleitet, sondern er amtirt ganz dreist und gottesfürchtig weiter. Noch neuerlich sind Arbeiten von seiner Hand in das Handelsministerium gekommen. Ein Blatt, das in Hamburg erscheint, nennt diese ausnahmsweise Behandlung Bagener's scandalös, wir, 51 Meilen südlicher an der Elbe, wissen auch keinen jarteren Ausdruck hierfür aufzufinden.

Der Erzbischof Sackat von Basel hat von Papste eine eigenhändige Trost- und Ermuthigungsbriefe nebst einem sehr schön gearbeiteten Brustkreuz erhalten, „als Unterpfand seiner tiefgefühlten freudigen Anerkennung seines Verhaltens im Kampfe gegen die Mächte der Finsterniß.“ Wenn Rebellen gegen Staatsgewalt so geschäftlich werden, wer soll sich da noch wundern, wenn die mit Staatsfinn begabten Bürger eines Reichs im Papste den ärgsten Reichsfeind erblicken?

Das Bild, welches die französische Nationalversammlung bietet, wechselt täglich. Verwirrung an allen Ecken und Enden! Keine der politischen Parteien, mit Ausnahme der Erzyonalisten und der rathen Gambettisten, hat ein richtiges Vertrauen auf ihre politischen Grundsätze, jede schwankt hin und her. Dem Justizminister Dufaure gebührt das Verdienst, etwas Klarheit in die Lage gebracht zu haben. Hiernach ist die Meinung von Thiers, daß die Republik gesetzlich besteht, daß die Nationalversammlung indessen die volle Berechtigung bewahrt hat, eine andere Regierungsform zu beschließen, daß die Versammlung ebenfalls das Recht hat, sich aufzulösen, wenn es ihr beliebt, daß aber der Zeitpunkt der Befreiung des Bodens von der feindlichen Occupation der geeignete sein dürfte, um zu Neuwahlen zu schreiten. Um bis zu diesem Zeitpunkte zu gelangen, um das Erreichen desselben zu beschleunigen, um dann in ruhiger Weise die Uebertragung der Gewalt von der alten an die neue souveräne Gewalt zu ermöglichen, dazu soll das Werk dienen, welches der Verfassungsausschuß gemeinschaftlich mit der Regierung der Kammer empfiehlt. Thiers war nur schwer davon abzubringen, nicht in der Generaldebatte das Wort zu nehmen, obwohl ihn Gambetta stark gereizt und der General du Temple von der Rechten großlich beleidigt hatte. Dieser General erzählte, um zu beweisen, wie wenig Thiers ein conservativer Mann sei, daß, statt die Uebertragung der Commune mit Waffengewalt zu erzwingen, Thiers immer darauf bedacht gewesen sei, sich mit Geld den Eintritt in das eine oder andere Thor von Paris zu erkaufen, und daß Thiers am wenigsten geeignet sei, die Art an den Baum der Revolution zu legen, da er seinen rechtmäßigen König Karl X. 1830 vom Throne gestürzt und seinen Wohlthäter, Louis Philipp, 1848 ebenfalls entronnt habe. Wegen dieser Beschuldigungen erhielt du Temple einen gepfefferten Ordnungsruf.

Noch immer jögert Thiers, die spanische Republik anzuerkennen. Auf das Drängen, dies zu thun, hat er nur die Antwort: Laßt mich mit Eurer Republik in Ruhe — ich habe an meiner einen genug! Die Meldungen über die carlistischen Kämpfe sind allerdings nicht sehr geeignet, der jungen spanischen Republik die Wege als geebnet erscheinen zu lassen.

Die Erhöhung des Gehalts des nordamerikanischen Präsidenten und Vicepräsidenten und die Diäten-Erhöhung der Abgeordneten sind offenbar Vorsichtsmaßregeln: die praktischen Amerikaner wollen ihre ersten Beamten davon abhalten, ihre geringe Besoldung als Vorwand zu benutzen, sich auf Kosten des Staats zu bereichern. Wenn man bisher die Civilisten einzelner europäischer Monarchen mit dem Einkommen des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Vergleich stellte, so erschien oft der Letztere als förmliches Aschenbrödel. Man vergaß dabei, was diese hohen Beamten sich und den Ihrigen in die Tasche machen konnten, resp. machten. Ob nunmehr die ersten Beamten der Republik und die Congressmitglieder, wenn sie nicht mehr zu stehen brauchen, sich die Hände rein erhalten werden, wollen wir abwarten.

Locales und Sächsisches.

Landtag. Die Häufung der Sitzungen beider Kammern nöthigt und die äußerste Noth in der Berichterstattung auf. Die 1. Kammer genehmigte gestern (Dienst. v. Erdmann-

vorff) den Bau einer Staatsbahn Krippen-Schandaubauern, indem sie die Beschlüsse der 2. Kammer zu den übrigen machte, jedoch mit Ausnahme des Antrags, wonach der Bau der Bahn so beschleunigt in Angriff genommen und gefördert werden soll, daß sie, wenn irgend möglich, binnen vier Jahren dem Betriebe zu übergeben ist. Dieser Antrag ist wohlweise aberkannt, weil die Regierung an sich schon eine Beschleunigung des Bahnbauwerks angeht und die gleichzeitig beschleunigte Fortsetzung dieses Bahnbauwerks und daneben noch der sädäuliger Bahn leicht einen, auch der Landwirtschaft sehr empfindlichen Arbeitermangel veranlassen kann. Nicht sehr bedauert die Deputation, daß es nicht möglich sein soll, die Eisenbahnbrücke bei Krippen zugleich für Straßenverkehr einzurichten. Sie überläßt die Verantwortlichkeit für diese zweite Brücke, die 450,000 Thlr. kosten wird, lediglich der Regierung.

In der 2. Kammer fragt zunächst Abg. Philipp die Regierung, warum die Erweiterung des Radeberger Bahnhofs noch nicht eingetretten ist? Der Finanzminister v. Trelesen erwidert, daß, um allen Interessen zu genügen, ein völliger Umbau derselben als notwendig sich herausgestellt habe. Damit solle nunmehr im Laufe des Jahres begonnen werden. Philipp erklärt sich hiermit für befriedigt, was große Heiterkeit veranlaßte, da sich Interpellanten eigentlich nie durch die Antwort der Regierung betrieblig finden. Sodann berichtet Recht der 2. Kammer, ihre Präsidenten frei zu wählen u. s. w. Er giebt der 1. Kammer die Schuld an der Verzögerung der Sache, betont auf Dringlichkeit die Nothwendigkeit eines beschleunigten Geschäftsganges im Landtage und einer abgeklärten Verhandlungsweise, welche leider durch die 1. Kammer unmöglich gemacht werden sollte. Er verzichtet auf die nachgelagerte Vernehmung, eine Philippia gegen die 1. Kammer zu halten und beantragt sich auf das Jubelgeschrei der Gegner der 1. Kammer, deren Schritt hinzuweisen, wodurch das Verfahren derselben auf das Schärfste kritisiert worden sei. Die Majorität gegen die 1. Kammer, ihre Vertheilung ihre Zusammenkunft sei nur genährt und gestärkt worden. Streits Rede, die sich zu einem enormen Applaus an den Patriotismus der 1. Kammer nicht einer heilamen Fortentwicklung der Verfassung widerlegen zu wollen, steigerte, schloß mit der Versicherung, daß die 1. Kammer nicht verschleichen werde, daß sie einen Fehler begangen, den sie auszumachen habe. Dr. Wagner würde sich, wenn er der Umsturzpartei angehörte, über den Beschluß der 1. Kammer nur geäußert haben. Noch mehr solche Beschlüsse und sie werde von anderen Gewalten todgemacht werden. Er nehme jedoch immer einen praktischen Gesichtspunkt ein, zwar nicht den, daß die Abg. unbedingt etwas nach Hause bringen müßten; vielmehr komme er lieber mit einem leeren Sack nach Hause, als mit einem Sack voll Ungeheuer. (Stimmen nach und Besten, daß sich in Gelächter auflöst.) Dabei wünschte er, daß der 50 gemacht Verfassungsbuch durch eine Zusammenkunft der 1. Kammer gemacht werde. Das solle der nächste Landtag thun. Haberkorn giebt Namens der gesamten Rechten die Erklärung ab, daß sie allein entschieden an dem Beschluß der 2. Kammer, der 1. gegenüber festhalten. Er hofft, daß die 1. Kammer im Interesse Aller und eines freundschaftlichen Zusammengehens aller Gesetzgebungsfaktoren noch dem Beschluß der 2. Kammer beitreten werde. (Bravo links.) Nachdem Dr. Wiederemann sich über diese Erklärung geäußert hat, bewundert Ludwig, daß er außer Stande sei, in der kurzen Zeit bis zum Schluß des Landtags einen juristisch erschöpfenden Bericht über die Leipziger Session wegen Abfassung der 1. Kammer auszubringen, daß aber der nächste Landtag sich ernstlich mit dieser Frage werde zu beschäftigen haben. Einstimmig beharrt die 1. Kammer bei ihrem Beschlusse. Hierauf legt die Vertheilung über die Steuerreform. Wir haben und lediglich auf die Beschlüsse zu beschränken. Hier sind aber die wichtigsten Fragen unterzogen, dem bieten die von Dr. Gensel und Günther mit äußerem Reiche angefertigten Berichte ein überrichtliches Bild der Sachlage. Die 1. Kammer zeigte auch in ihrer ganzen Besinnung, daß sie sich wohlwollend gegenüber war, daß sie nur Material zu dieser vielwörterten Steuerfrage für den nächsten Landtag liefere. Die Regierung wünscht nämlich, es es unmöglich ist, die 2. Kammer, um leitende Grundprinzipien für ein dem nächsten Landtag vorzulegendes Steuergesetz zu erhalten. Daher beantragt die Deputation einmüthig, von freier Durchberatung des aus der 1. Kammer verhandelten Steuerentwurfes abzusehen. Die Mehrheit, Gades, Kärkel, Philipp, Dr. Meißner und Dr. Gensel betrachten das Ergebnis der 1. Kammer-Verhandlung als ungeeignet für eine Grundlage der Steuerreform; Dr. Meißner, Debnischen und Wilmann hingegen sehen darin einen Gegenstand des Compromisses und, wenn sie auch auf dem Prinzip der reinen Einkommensteuer stehen, sehen sie in diesem Entwurfe doch einen Weg, um die jetzigen Steuerentwürfe von ihren größten Mängeln zu befreien. Günther sieht in diesem Entwurfe die von ihm gewünschte Verbindung der Einkommensteuer mit einer Grundsteuer und einer Gewerbesteuer mehr objectiven Charakters annehmend verwirklicht. Außerdem werden obige Deputationsmitglieder noch in verschiedenen Punkten mehrfach von einander ab oder nähern sich auch wieder einander, so daß es schwer ist, in Kürze ein Bild zu geben. Für die Ansicht der Mehrheit (Gries der Gewerbe- und Personsteuer und eines Theils der Grundsteuer durch eine allgemeine Klassen- und Einkommensteuer, bez. — Dr. Meißner und Philipp — Gries der Gewerbe- und Personsteuer und der Grundsteuer durch eine solche) sprach Dr. Gensel, Jordan und Philipp für die Vor schläge der Minorität (Verbindung einer dem mutmaßlichen durchschnittlichen mittleren Betrag der Steuerobjecte entsprechenden Grund-, Gewerbe- und Personsteuer, Ertragssteuer, mit einer progressiven Einkommensteuer für die höheren Einkommensklassen von 400 oder 500 Thalern an auswärts) Dr. Meißner, Günther und Wilmann. Im Sinne einer vermittelnden Revision des jetzigen Steuerentwurfes äußerten sich Walter, Gabelhorn, Kiser-

stein. Zuletzt wurde einstimmig beschlossen: In die specielle Vertheilung des Entwurfs der 1. Kammer nicht einzutreten und die Regierung um die Vorlegung eines neuen Gesetzentwurfes über die directen Steuern an den nächsten Landtag zu ersuchen.

Nächsten Sonnabend werden die beiden Kammern ihre letzten Sitzungen halten. Der feierliche Schluß des Landtags wird am Montage im königl. Schlosse stattfinden.

Man schreibt uns: Ihr Bericht über die Verhandlungen der 2. Kammer über die Justizneubauten ist nicht ganz vollständig: Die Kammer beschloß nämlich folgende 4 Anträge: 1) den Häuserkauf durch den Justizminister zu genehmigen, 2) ihn zu ermächtigen, die gekauften Häuser wieder zu verkaufen, 3) aber auch, ihn zu ermächtigen, das Bondische Haus auf der Landhausstraße noch anzulassen, endlich 4) die Gerichtsgebäude auf dem Hofhof zu verlegen. Es leuchtet ein, daß die Beschlüsse unter 2 und 3 sich vollständig widersprechen. Dann wenn der Justizminister die angekauften Häuser wieder verkaufen soll, warum sollte er erst noch ein neues Haus dazu kaufen? Auch dieses müßte ja wieder veräußern! Die Sache wird noch widersprüchlicher, wenn man bedenkt, daß 2 Stunden vorher die Kammer beschlossen hatte, vom Kriegsministerium Zeughaus und Kaserne anzulassen. Durch diesen Beschluß haben die Häuser auf der Schlegelstraße jetzt einen colossal gesteigerten Werth erhalten. Man darf ohne Uebertreibung behaupten, daß sie, in der unmittelbaren Nachbarschaft der zu verschönernden Terrasse und der auf dem Areal des Zeughauses und der Kaserne zu errichtenden prachtvollen Staatsgebäude gelegen, vis-à-vis dem botanischen Garten, den kostbarsten Baugrund abgeben würden. Es liegt nun gewiß nicht im Interesse des Staats, so werthvoll gewordenen Areal der Privat speculation zu überlassen. Vielmehr sieht man hoffen, daß bei der Vertheilung in der 1. Kammer nicht nur die in sich widersprechenden Beschlüsse der 2. Kammer einseitlich gestaltet und das angekaufte und durch das Bondische Haus zu vervollständigende Areal als Platz für die Gerichtsgebäude gemählt werde. In der ganzen Einwohnerschaft, die Herren Jordan und Dr. Rindow vielleicht ausgenommen, hat der Beschluß, sie nach der Vorstadt zu verlegen, allgemeine Verurtheilung erregt.

Unsere liebe Nachbarstadt Wilsdruff soll bekanntlich nicht länger ohne Eisenbahnverbindung bleiben. Die Abg. Sacke und Dr. Meißner legten einen Antrag durch, wonach für eine Linie Dresden-Leipzig über Wilsdruff die technischen Vorarbeiten gestattet werden sollten. Neuerlich hat die Sache aber ein anderes Gesicht angenommen, indem die Unternehmer der Linie Leipzig-Meißen, welche mit der projectirten Linie Dresden-Magdeburg Dresden ursprünglich als Meissen erreichen wollten, nunmehr auch für die Linie Meissen-Dresden bei der Regierung um Concession eingekommen sind. Dieselben wollen der Regierung den Betrieb der Linie Dresden-Leipzig überlassen. Hierdurch könne der Staat in den Besitz der wichtigen Verbindungsbahn Dresden-Dresden-Leipzig. Die Ausführung der Verbindungsbahn Dresden-Leipzig stößt über Wilsdruff auf bedeutende Schwierigkeiten. Hingegen wird für die Einbeziehung Wilsdruffs in das Schienennetz dadurch gesorgt, daß der Bau einer Bahn Dresden-Altenburg über Wilsdruff gutem Vernehmen nach gesichert ist.

Eine Frage, die für die unmittelbaren Elbanwohner von höchster Wichtigkeit ist, bleibt um diese Jahreszeit immer der Wasserstand und die Schnee- und Eisituation in Böhmen, insbesondere letztere auf das Steigen des Elbstroms Einfluß hat. Der Wasserstand der Elbe und der Moldau ist in Wubweis, Prag, Golln, Leitmeritz ein nicht hoher, so daß ein Zufluß anderer Flüsse, wenn sie nicht gar zu massig kommen, ein gefährliches Anschwellen der Ströme nicht fürchten läßt. Da nun aber auch in Böhmen verhältnismäßig diesmal nur wenig Schnee liegt, so wird hoffentlich für dieses Frühjahr nicht viel zu fürchten sein und diese alljährliche Krisis für das Elbland recht trocken vorübergehen.

Dem Zoologischen Garten ist in diesen Tagen von Hrn. Schäferdirector Heyne ein Rehbock zum Geschenk gemacht worden, der nun in der neuen Vereinigung mit Seinedgleichen munter herein schaut und galante Grüße und Blicke nach den „Ricken“ sendet. Eine solche thätliche Unterstützung des schönen Thiergartens, auf welchen Dresden wahrhaftig stolz sein kann, ist namentlich jetzt für denselben doppelt angenehm fühlbar, jetzt, wo Alles theurer geworden und der notwendige Aufwand für seine würdige Erhaltung ein weit bedeutenderer ist als früher. Die Löhne, die Futterkosten, die fortwährend notwendigen Reparaturen, alles ist im Preise in die Höhe gegangen und machen diese Aufschläge pro Jahr über 3800 Thlr. aus. Sind nun schon seit längerer Zeit alle Entree zu unseren heimischen Vergnügungsorten und Anstalten gestiegen, umso mehr muß jetzt die Verwaltung des Zoologischen Gartens daran denken, durch Mehreinnahmen den Mehrbedarf zu decken und so tritt denn vom 1. April an eine Eintrittspreiserhöhung in der Weise ein, daß in der Woche das Entree von 5 Ngr. auf 7 1/2 Ngr. pro Person und Sonntags von 3 auf 5 Ngr. steigt, die Jahresabonnements steigen im Preise nur um 1 Thlr. Hoffentlich wird unser Publikum dem Garten trotzdem ungeschwächt seine